

Direkt aus Düsseldorf

Newsletter für Gelsenkirchen

Christin Siebel
- Mitglied des Landtags -

SPD
NRW - Die Fraktion

Sebastian Watermeier
- Mitglied des Landtags -

Ausgabe 8 - 12. Mai 2023

Liebe Leserinnen und Leser,

das vergangene Feiertagswochenende hat nicht nur schönes Wetter gebracht. Leider kam es Presseberichten zufolge an mehreren Orten in Nordrhein-Westfalen auch zu vermehrten Attacken mit Stichwaffen, bei denen Menschen lebensgefährlich verletzt wurden. In Leverkusen ist ein Mann seinen Verletzungen erlegen. Diese Häufung von Messerattacken beunruhigt. Wir haben daher in einer Aktuellen Stunde von der Landesregierung wissen wollen, welche weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung dieser mitunter tödlich verlaufenden Angriffe ergriffen werden sollen. Innenminister Reul muss auch hier eine Null-Toleranz-Strategie auffahren!

Gewalt hat viele Gesichter. Ihr hässlichstes ist der Hass selbst. Am 29. Mai 1993 hat es sich bei dem Brandanschlag von Solingen auf das Haus der Familie Genç in seiner schlimmsten Form gezeigt. 30 Jahre danach haben wir in einer emotionalen Gedenkveranstaltung mit über 200 Gästen der Opfer gedacht und ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt. Leider erleben wir bis heute in Deutschland rechtsextreme Gewalt. Die NSU-Morde, München, der Mord an Walter Lübcke, Halle und Hanau: Umso wichtiger ist es, zu erinnern und zu mahnen und dem Rechtsextremismus weiterhin entschieden entgegenzutreten. Wir sind es den Opfern schuldig!

Mehr zu der Veranstaltung erfahrt Ihr ebenso in diesem Newsletter wie auch zu unseren parlamentarischen Initiativen im Plenum der letzten Woche. Außerdem möchten wir Euch auf die Landtags-Talks-Serie hinweisen: Am Montag, 15. Mai 2023, beschäftigen wir uns mit den Perspektiven für eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Den AnmeldeLink gibt es auf der letzten Seite.

Christin Siebel

Sebastian Watermeier

- News aus dem Landtag NRW -

Mahnen. Gedenken. Erinnern. – 30 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen

Am 29. Mai jährt sich der Anschlag auf das Wohnhaus der Familie Genç in Solingen, bei dem 1993 fünf Menschen ums Leben kamen. Der Brandanschlag war der traurige Höhepunkt einer Welle von rassistischen Anschlägen zu Beginn der 1990er Jahre. Am vergangenen Dienstag hatten wir zu einer Veranstaltung geladen, um der Opfer zu gedenken und ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.



Foto: SPD-Landtagsfraktion



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Mehr als 200 Gäste verfolgten sichtlich betroffen die Erfahrungsberichte von Gamze Kubaşık, Tochter des 2006 vom NSU ermordeten Dortmunders Mehmet Kubaşık, und Ibrahim Arslan, Überlebender des rassistischen Anschlags von Mölln 1992. Birgül Demirtaş vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW und Zeitzeugin sowie Reem Alabali-

Radovan, Beauftragte des Bundes gegen Rassismus, bekräftigten, wie wichtig der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus nach wie vor sei.

Mehr Input und Fotos von der Gedenkveranstaltung gibt es hier: [Weiterlesen](#)

Vorfahrt für Kinderschutz und Kinderrechte

Missbrauchsfälle unter anderem in Bergisch Gladbach und Lügde, aber auch innerhalb der Kirchen zeigen: Sexualisierte Gewalt gegen Kinder findet auch in NRW statt. Das dürfen wir weder hinnehmen noch tabuisieren. Betroffene benötigen eine eigenständige Interessenvertretung in Form eines Landesbetroffenenrats NRW.

In unserem Antrag fordern wir außerdem eine*n unabhängige*n Landesbeauftragte*n für Kinderschutz und Kinderrechte. Eine starke Stimme für Kinder und ihre Rechte kann dafür Sorge tragen, den Kinderschutz noch stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

Mehr zu den Inhalten gibt es hier: [Antrag der SPD „Kinderschutz und Kinderrechte“](#)

Innenstädte: „Die Herausforderungen werden nicht kleiner, das Förderprogramm schon“

Wir brauchen Innenstädte, die pulsieren, damit sie eine sichere Zukunftsperspektive haben. Das Programm greift zu kurz!

Die Landesregierung legt das Programm „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ auf, das mit 35 Millionen Euro ausgestattet ist. Aber reicht das überhaupt, um die Innenstädte zu beleben?

Zunächst sei gesagt, dass die Stoßrichtung richtig ist, allerdings ist das Programm deutlich unterfinanziert, wenn man berücksichtigt, dass das vorherige Programmvolumen bei 100 Millionen Euro lag. Die Herausforderungen sind allerdings nicht kleiner, sondern größer geworden. Insbesondere für die Städte, die noch mit den Standortschließungen von Galeria Kaufhof Karstadt sowie Primark konfrontiert sind. Es ist ziemlich deutlich, dass das Programm vor allem als ein Alibi für die öffentliche Diskussion dienen soll, nachdem die Opposition

von der schwarz-grünen Regierung kraftvolle Initiativen im Interesse der Innenstädte und der Beschäftigten eingefordert hatte.

Befremdlich ist auch, dass beispielsweise Projekte zur Leerstandsbekämpfung, die aus dem vorherigen Topf finanziert wurden, im neuen Programm nicht berücksichtigt werden können. Gerade kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige und Kreative mit neuen Ideen geben der Innenstadt neue Impulse. Es wäre schade, wenn solche Begegnungspunkte nicht mehr existieren, nur weil die Einnahmen die ursprünglichen Mieten nicht abdecken. Hier braucht es mehr Flexibilität, sobald die Förderungen auslaufen.

Foto: Büro Watermeier



Christin Siebel empfängt Besuchergruppen aus Gelsenkirchen im Landtag NRW

Mehrfach bekam Christin Siebel in den vergangenen Wochen Besuch aus ihrem Wahlkreis im Landtag NRW. So nahmen unter anderem Schülerinnen und Schüler der Mulvany-Realschule, der Gesamtschule Horst und Kolleginnen und Kollegen der IGBCE aus Gelsenkirchen am offiziellen Besuchsprogramm des Landtags teil.



Fotos: Büro Siebel

GemeindegeschwesterPlus für bessere Pflege und weniger Einsamkeit

Die Menschen werden immer älter. Das stellt nicht nur unser Pflege- und Sozialsystem vor große Herausforderungen, sondern rückt auch Themen wie Einsamkeit im Alter verstärkt in den Fokus. Rheinland-Pfalz macht es vor, wie Kommunen diesen Herausforderungen begegnen können: Im Rahmen des Modellprojekts GemeindegeschwesterPlus haben speziell geschulte Pflegekräfte mehr als 3.000 alte Menschen zuhause besucht und zu ihrer Gesundheits-, Pflege- und Lebenssituation beraten und unterstützt.

In unserem Antrag fordern wir, ein entsprechendes Angebot auch für ältere Menschen in NRW zu schaffen. Es bedarf einer Strategie, die Prävention, Gesundheitsförderung und Maßnahmen gegen Einsamkeit berücksichtigt.

Mehr Input gibt es hier: [Antrag der SPD „GemeindegeschwesterPlus-Projekt“](#)

„Ministerin Scharrenbach rechnet Zahl neuer Sozialwohnungen schön – wundersame Verdopplung“

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Wunsch und Wirklichkeit: Was tut die Landesregierung für die Förderung des Mietpreis gebundenen Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen?“ veröffentlicht. Dazu erklärt der Fragesteller Sebastian Watermeier, Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag NRW für Bauen, Wohnen und Digitalisierung:

„Gingen im Jahr 2016 noch über 9300 Wohnungen an den Start, sank die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen mit Mietpreisbindung in Nordrhein-Westfalen über 5463 (2019) auf das nun historische Tief von 3993 im vergangenen Jahr. Dieser weitgehende Zusammenbruch der öffentlichen Wohnraumförderung im Bereich des mietpreisgebundenen Wohnungsbaus ist das erschreckende Ergebnis einer jahrelangen verfehlten Wohnungsbaupolitik der CDU-geführten Landesregierungen.

Um diese dramatische Lage zu verschleiern hat CDU-Ministerin Scharrenbach nun die Zahl neuer Sozialwohnungen schön gerechnet, indem sie geförderte Eigentumswohnungen und verlängerte Bindungen hinzu rechnet. Auf diese wundersame Weise verdoppelt sich plötzlich die Zahl der Wohneinheiten im Bereich des Fördersegments ‚Mietpreis gebundener Wohnungsbau‘ auf angebliche 7919. Bindungen zu verlängern ist grundsätzlich sinnvoll; dadurch wird aber kein einziger Quadratmeter neuer Wohnraum geschaffen. Bauen, bauen, bauen – flankiert durch eine Landeswohnungsgesellschaft – muss vielmehr die Devise sein.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage musste die Landesregierung zudem einräumen, dass bundesseitig von 2017 bis 2022 rund 1,76 Milliarden Euro für die öffentliche Wohnraumförderung nach Nordrhein-Westfalen geflossen sind. Das Land hat dagegen in diesem Zeitraum gerade einmal 294 Millionen Euro in die Hand genommen. Angesichts dieser Zahlen fällt die ständige Kritik der Wohnungsbauministerin an der Bundesregierung und der wiederholte Fingerzeig nach Berlin wie ein Kartenhaus in sich zusammen.“

Entwicklung der Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen mit Mietpreisbindung in Nordrhein-Westfalen laut NRW.BANK:

Förderjahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Anzahl WE[1]	9.301	7.320	6.159	5.463	5.591	5.239	3.993

Hinweis: Die Kleine Anfrage „Wunsch und Wirklichkeit: Was tut die Landesregierung für die Förderung des Mietpreis gebundenen Wohnungsbaus in Nordrhein-Westfalen?“ ist hier verfügbar [MMD18-4081](#)

[1] WE = geförderte Wohneinheiten mietpreisgebunden. Zahlen NRW.BANK.

Neue Wege bei der Bildungsfinanzierung

Corona-Pandemie, Digitalisierung, Inklusion – unser Bildungssystem stand und steht vor zahlreichen Herausforderungen. Eins ändert sich jedoch nicht: die Finanzierung! Und NRW liegt bei den Bildungsausgaben seit Jahren auf den letzten Rängen im Ländervergleich.

Es ist Zeit, die Ausgaben für Bildung neu aufzustellen. Es ist Zeit für einen New Deal. Den fordern wir mit unserem Antrag im Plenum. Ein neuer Weg der Bildungsfinanzierung entlastet die kommunalen Haushalte und gibt den Schulen neue Möglichkeiten.

Mehr Input gibt es hier: [Antrag der SPD „New Deal auf den Weg bringen“](#)



Foto: Pixabay.com

Für kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen

Keine Binde oder kein Tampon in der Tasche, wenn man dies gerade am nötigsten bräuchte? Betroffene kennen den Stress.

Damit soll nun Schluss sein: Wir fordern die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in allen öffentlichen Gebäuden unseres Bundeslands. Weil Tampons und Binden so selbstverständlich sind wie Toilettenpapier.

Mehr Input gibt es hier: [Antrag der SPD „Kostenfreie Menstruationsartikel“](#)

- Veranstaltungshinweise -

Montag, 15. Mai 2023 – Landtags-Talk: Gesundheit für alle Geschlechter

Die Medizin ist an vielen Stellen noch geschlechterblind – häufig zum Nachteil von Frauen. Die Folgen können gravierend, ja tödlich sein. So erleben Frauen häufiger Fehldiagnosen: Herzinfarkte werden bei ihnen später erkannt und verlaufen häufiger tödlich. Und viele Medikamente sind für Frauen überdosiert, weil sie überwiegend an Männern getestet wurden. Wir brauchen deshalb eine geschlechtersensible medizinische Forschung und Versorgung, die auch dem weiblichen Körper und seinen Bedürfnissen gerecht wird.

Unsere Expert*innen diskutieren, welche Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung nötig sind! [Zur Anmeldung](#)

- News aus den Wahlkreisen -

Schließung der Primark-Filiale in Gelsenkirchen

Zur Schließung der Primark-Filiale in GE

"Meine Solidarität gilt den Beschäftigten, die hier die Leidtragenden sind. Es bedarf jetzt eines Masterplans für die Zukunft der Innenstadt, damit eine Abwärtsspirale verhindert werden kann!"



Sebastian Watermeier
Mitglied des Landtags

SPD
NRW - Die Fraktion

Nach Bekanntmachung der Schließungspläne von Galeria Karstadt Kaufhof (GGK), kam nun auch überraschend die Hiobsbotschaft aus der Primark-Zentrale, den Gelsenkirchener Standort aufgeben zu wollen, obwohl dieser Standort solide Zahlen abwirft. Es ist unbegreiflich, mit welcher Kaltschnäuzigkeit das Unternehmen hier agiert.

Die Solidarität gilt den Beschäftigten, die sich bis zum Ende des Jahres um eine neue berufliche Perspektiven sorgen müssen. Hier wird sich die Stadt, so wie bei GGK, aktiv darum bemühen, diesen Prozess zu begleiten. Watermeier unterstützt zudem die Bemühungen von ver.di, um den Standort und seine Beschäftigten kämpfen zu wollen.

Landespolitik steht in der Verantwortung, unseren Kommunen bei der Modernisierung und Attraktivierung der Innenstädte zur Seite zu stehen. So können mögliche Abwärtsspiralen durchbrochen und unsere City lebens- und lebenswert gestaltet werden. Der Gelsenkirchener Abgeordnete ist voller Hoffnung, dass das gemeinsam gelingen wird.

1. Mai Demo - Gemeinsam mit den Gewerkschaften Seit' an Seit'

Seit' an Seit' sind die SPD-Landtagsabgeordneten Christin Siebel und Sebastian Watermeier mit zahlreichen Gewerkschafter:innen gelaufen, um für stärkere Arbeitnehmer:innenrechte zu demonstrieren. „Ungebrochen Solidarisch“ - war das diesjährige Motto des DGB's für die Maikundgebungen. Das wurde am 1. Mai auch eindrucksvoll bewiesen! In Gelsenkirchen standen neben dem Vorsitzenden der DGB-Emscher-Lippe-Region Mark Rosendahl, der die Teilnehmenden begrüßte, auch Oberbürgermeisterin Karin Welge sowie die Vorsitzende der GEW-NRW Ayla Çelik auf der Bühne. Beide gingen auf die enormen Herausforderungen im Bildungssektor ein. Mit dem provokanten Slogan „Bildung für'n Arsch“ hat die DGB-Jugend auf die dramatische Lage in, aber auch außerhalb von Gelsenkirchen hingewiesen.



Der Dank gilt allen Beteiligten, die mit ihren Ständen sich am Heinrich-König-Platz versammelt haben. Denn wie wichtig Gewerkschaften sind, haben wir jüngst bei den letzten Tarifverhandlungen beobachten können. Sie bringen nämlich elementare Verbesserungen für die Belegschaften, gerade in Zeiten einer galoppierenden Inflation. Genau deshalb brauchen wir einen starken 1. Mai, damit die ungebrochene Geschlossenheit und Solidarität der Mitglieder demonstriert wird.

Es ist der richtige Weg, nun mit der Planung eines Sport- und Bildungscampus zu beginnen.



Sebastian Watermeier
und Christin Siebel
Landtagsabgeordnete
für Gelsenkirchen

Bis zuletzt hatte die Stadt Gelsenkirchen gemeinsam mit dem Investor Kölbl Kruse versucht, den Neubau der Hauptverwaltung der Hochschule für Polizei und Verwaltung in Gelsenkirchen zu realisieren. Mit dem Rückzug des Investors aus dem Verfahren ist dies nun gescheitert. Mit großer Vorfriede jedoch blicken die beiden Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten den Planungen eines Sport- und Bildungscampus in unmittelbarer Nähe zur Gelsenkirchener Innenstadt in den kommenden Jahren entgegen.

Dazu kritisiert Sebastian Watermeier, Mitglied im Innenausschuss und im Bauausschuss des Landtags NRW: „Es ist natürlich sehr bedauerlich, dass die Landesregierung den Hauptstandort der Hochschule für Polizei und Verwaltung in Gelsenkirchen überhaupt in Frage gestellt hat und auch das Verfahren für die Vergabe war mehr als missglückt. Gerade einer Stadt wie Gelsenkirchen tut der Verlust des Hauptsitzes weh.“

Die Landesregierung muss sich schon fragen lassen, warum sie an dieser Stelle Ruhrgebietsstädte wie Herne und Gelsenkirchen gegeneinander ausspielt.“

Lob hingegen richtet er an die Stadt Gelsenkirchen: „Umso mehr bin ich darüber erfreut, dass Oberbürgermeisterin Karin Welge gemeinsam mit der Verwaltung im Hintergrund bereits an Alternativen gearbeitet hat. Auch für die städtebauliche Entwicklung steckt hier eine Menge Potenzial“

Christin Siebel, Mitglied in den Ausschüssen für Wissenschaft, sowie Kinder, Familie und Jugend: „Natürlich ist der Verlust der HSPV für den Wissenschaftsstandort Gelsenkirchen eine schlechte Nachricht. Aber ich bin froh, dass die Stadt die Chancen nutzen will, die sich aus den freiwerdenden Flächen ergeben. Es ist der richtige Weg, nun mit der Planung eines Sport- und Bildungscampus in dieser zentralen Lage zu beginnen. Mich freut vor allem, dass sich die Stadt zum Ziel gesetzt hat, die besten Voraussetzungen für berufliche Bildung zu schaffen und die Berufskollegs in diesen Plänen mitzudenken.“